

# Türsteher vor der Festung Europa

## Massenabschiebungen in Marokko als Ergebnis der EU-Grenzpolitik. 6000 Flüchtlinge starben allein im vergangenen Jahr vor den Kanarischen Inseln

*Von Birgit von Criegern*

Behörden in Marokko haben die Weihnachtsfeiertage und das islamische Opferfest zum Jahreswechsel offenbar genutzt, um zum wiederholten Male Hunderte Menschen aus dem südlicheren Afrika abzuschieben. Vom 23. bis 25. Dezember wurden in Rabat Hunderte schwarzafrikanische Flüchtlinge aus ihren Häusern geholt und in Bussen an die algerische Grenze gebracht. Eine zweite Abschiebungswelle führten die marokkanischen Behörden am 30. Dezember durch; bis zu vierhundert Schwarzafrikaner wurden über die Grenze geschickt, berichtete das alternative Nachrichtenportal Indymedia. Dabei soll es auch zu Vergewaltigungen durch die Soldaten gekommen sein. Die Migranten wurden in freier Landschaft an der Grenze ausgesetzt und mit Schüssen nach Algerien getrieben. Hilfsorganisationen vor Ort taten ihr bestes, um die Flüchtlinge zu versorgen. Sie waren ohne ausreichende Nahrungsmittel und Kleidung ausgesetzt worden.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International finden Abschiebungen auf diese brutale Art in Marokko regelmäßig statt, seit es 2005 einen tödlichen Flüchtlingsansturm auf die spanischen Städte Ceuta und Melilla gab. Auch Migranten, die über Papiere für laufende Asylverfahren verfügten, würden dabei von den Behörden verschleppt.

Besonders nach den Flüchtlingsdramen in Spanien wurde der Druck der EU auf Marokko erhöht, Grenzübertritte der afrikanischen Flüchtlinge nach Europa zu verhindern. Das ATTAC-Netzwerk in Marokko bezeichnet das nordafrikanische Land daher als willfährigen »Gendarm« der restriktiven EU-Einwanderungspolitik. Bei den Abschiebungen werden die Menschenrechtskonventionen massiv verletzt. Die Genfer Ratifizierung und zwei marokkanische Kongresse im Jahr 2006 zum Schutz der Migranten erweisen sich als nutzlos.

Die Kritik an der EU-Flüchtlingspolitik wird bei Amnesty International und auch dem deutschen Verband Pro Asyl lauter. Die spanischen Behörden dokumentierten, daß allein 2006 rund 6000 Flüchtlinge und Migranten auf dem Weg von Westafrika zu den Kanarischen Inseln ums Leben kamen. Die Dunkelziffer der Todesfälle an der gesamten europäischen Südgrenze liegt höher. »Europa trägt maßgeblich Verantwortung für das Massensterben«, so Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl. Nach Angaben der Organisation sind die EU-Staaten bereit, elementare Menschenrechtsstandards aufzugeben. Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien werde in einer zynischen Arbeitsteilung eine Türsteherfunktion vor den Toren der »Festung Europa« zugewiesen. Zur gleichen Zeit hätten die Asylzahlen in Deutschland und Europa einen neuen Tiefststand seit 1977 erreicht.